

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen

Erscheint Werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 50 000 Mark. Einzelne Nummern 2000 Mark.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.



Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Anknüpfungsteile 6000 Mark, die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 10 000 Mark, unter Eingangsbeitrag 20 000 Mark. Ermäßigung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Beitragende Nebenblätter: Landtags-Beilage, Zeichnungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landeskulturzentrenbank, Jahresbericht und Rechnungsabluß der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzplanken auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: J. R. Oskar Edel in Dresden.

Nr. 179

Freitag, 3. August

1923

Die britische Regierungserklärung.

Kein Anlaß zum Optimismus. England hofft auf einen neuen Kompromiß.

London, 2. August.
Über den Inhalt der Erklärungen, die gleichlautend Baldwin im Unterhause und Lord Curzon im Oberhause abgaben, wird folgendes bekannt: Die Erklärung bezieht sich zunächst mit der Geschichte des gegenwärtigen Konflikts. Es bestünde die Notwendigkeit, sofort etwas zu tun, um dem Risiko in Europa, der eine Gefahr für den Weltfrieden bedeute, zu begegnen. Am 20. Juni hat die englische Regierung einen Entwurf, der diesem Zwecke dienen sollte, mit einer Mantelnote gleichzeitig den Regierungen von Frankreich, Belgien, Italien und Japan überreicht. In diesem Entwurf bekennet sich England zu der deutschen Auffassung, daß sehr wohl die Zahlungsfähigkeit Deutschlands von Sachverständigen in Zusammenarbeit mit der Reparationskommission geprüft werden könne, ohne daß dadurch der Friedensvertrag verletzt werde. Die Garantien, welche die deutsche Regierung anbiete, müßten verbunden werden mit einer Stabilisierung der Mark und dem Gleichgewicht des deutschen Budgets. Um dies zu erreichen, müsse die deutsche Finanzverwaltung unter internationale Kontrolle gestellt werden.

Der deutschen Regierung sei im Antwortwort der Rat gegeben worden, ihre Befehle und Anordnungen zurückzuziehen, die sich auf den passiven Widerstand bezügen und darüber hinaus alle Gewalttaten und Sabotageakte in unmissverständlicher Weise zu mißbilligen.

Es wurde die Hoffnung ausgedrückt, daß eine vorzügliche deutsche Haltung die Okkupationsmächte zu einer Änderung der Besatzungsmethode und zu einer Rückkehr normaler Verhältnisse im Ruhrgebiet führen könne. In den Mantelnoten habe die englische Regierung ihre Stellungnahme noch einmal ausführlich begründet und die Alliierten gebeten, die Diskussion in irgendeiner Weise möglichst bald zu beginnen. Mit Ausnahme der italienischen seien die Antwortnoten hier eingetroffen.

Italien habe bereits mündlich seine Zustimmung zu den englischen Anregungen ausgedrückt. Frankreich und Belgien hätten unabhängig voneinander geantwortet.

Die Antworten seien in freundschaftlicher Sprache gehalten, es sei aber in ihnen nichts zu finden, was eine gemeinsame Antwort an Deutschland ermöglichen könne. Der englische Entwurf wird weder in dem französischen noch im belgischen Dokument auch nur erwähnt.

Angewandte Vorschläge über eine Änderung der Besatzungsmethode im Ruhrgebiet oder über den Beginn neuer Reparationsverhandlungen seien in den Noten nicht enthalten.

Wären nun die verbündeten Regierungen auf Grund der so wiederholenden Auffassungen in einen neuen Meinungsäustausch eintreten, so würden weitere viele Wochen vergehen, ehe auch nur der erste Schritt zur Beendigung der gegenwärtigen Situation unternommen werden könne.

Die englische Regierung wiederhole, daß sie sich mit den Interessen ihrer Verbündeten einfühle und sie schreie vor einer jeden Aktion zurück, die den Anschein erwecken könnte, daß die Alliierten unter sich nicht einig seien.

Es müsse aber trotzdem an ihrer Auffassung festhalten, daß die Lösung des Reparationsproblems untermeidbar sei und daß Europa mit allen Reparationsausfällen dem unaufhaltsamen Verderben entgegengehe, wenn man mit dem Meinungsäustausch von neuem anfangen.

Die britische Regierung habe deswegen beschlossen, dem Parlament in kürzester Zeit die Schriftstücke vorzulegen, die ihre Auffassung dokumentieren und ihre Verbündeten um die Zustimmung zu bitten, daß der Notenwechsel veröffentlicht werde.

Diese Veröffentlichung würde dazu führen, daß die Alliierten erkennen würden, daß es sich auch um ein englisches Problem handle und ebenso würde die Welt erkennen, daß nur eine gemeinsame Aktion Klärung schaffen könne.

An die Erklärung, die von Lord Curzon im gleichen Wortlaut im Oberhaus abgegeben wurde, schloß sich eine Ausrufung an.

Die gestern von dem englischen Ministerpräsidenten im Unterhaus abgegebene Regierungserklärung muß in Deutschland nicht nur jede Hoffnung auf eine baldige Beilegung des Ruhrkonfliktes zerstören, sondern auch unsere bisherige Auffassung stärken, daß England für uns nicht mehr tun wird, als gleichzeitig in seinem eigenen Interesse liegt. Die englische Regierung denkt nicht daran, wie jetzt aus prominentem Munde wieder bestritten wird, eine Aktion zu unternehmen, die nur auf eine Uneinigkeit zwischen den Alliierten schließen ließe. Im Gegenteil, England handelt teilweise direkt zugunsten Frankreichs und benutzt Deutschland lediglich als Objekt, um zu seinen Lasten die französische Vormachtstellung zu verhindern.

den, der in dem englischen Antwortentwurf zum Ausdruck gebrachte Rat an die deutsche Regierung, sofort ihre Befehle und Anordnungen zurückzuziehen, durch die der passive Widerstand organisiert und verteidigt worden sei, kann die französische Regierung in ihrer Intention nur bestärken. Wenn Frankreich und Belgien trotz der beabsichtigten Ratsschlüsse Englands an Deutschland Baldwin nicht die Gelegenheit für eine gemeinsame Antwort gaben, dann spricht das schließlich dafür, daß beide Mächte es ablehnen, sich unter dem Druck der englischen Regierung zu einer Verständigung mit Deutschland zwingen zu lassen.

Die Unterhausdebatte über Baldwins Erklärung.

Die Erklärung Macdonalds.

London, 2. August.
Nachdem Baldwin die mündliche Erklärung verlesen hatte, ergriß der Führer der Opposition Ramsay MacDonald das Wort. Er sprach seine tiefe Enttäuschung über die Antworten Frankreichs und Belgiens aus. Er hoffe, es sei nur ein Versehen, daß die beiden Re-

gierungen in ihren Antworten keine Notiz von dem britischen Antwortentwurf für Deutschland genommen hätten. Einen Anlaß zur Zufriedenheit gebe es allerdings, nämlich, daß die Regierung sich endlich entschlossen habe, eine eigene Politik zu formulieren und durchzuführen. Zunächst müßte dem System der Geheimhaltung ein Ende gemacht werden. Es sei klar, daß Frankreich nicht wegen der Reparationen in das Ruhrgebiet gegangen sei, es handle sich vielmehr um einen Versuch, nach einem formellen Friedensschluß den Krieg fortzusetzen. England sei jetzt weit mehr verwirrt als Frankreich, dessen wirtschaftliche Stellung stärker sei als vor dem Kriege, außer bezüglich seines Budgets. Der nächste Schritt in der Politik des europäischen Wiederaufbaus müßte die Regelung mit Deutschland und eine Regelung wegen der interalliierten Schulden sein. Beide Fragen könnten nicht getrennt behandelt werden. In der Reparationsfrage handle es sich nicht nur darum, was Deutschland zahlen könne, sondern auch darum, wie es am besten zahlen könne, ohne die Interessen der empfangenden Nationen zu schädigen. Macdonald fragte dann, ob die Regierung versuchen werde, die Bildung einer Sachverständigenkommission zu erreichen, und was geschehen solle, um Mitteleuropa vor dem Ruin zu retten, solange es noch Zeit sei. Deutschland brauche Kredite für seine Einfuhr.

Keine Kredite für Deutschland.

Außen Chamberlain fragte, ob Macdonald wolle, daß man auf die deutschen Reparationszahlungen verzichte, und wandte sich gegen die Anregung, Deutschland Kredite zu geben. Das sei ein erstaunlicher Vorschlag. Auch sei Macdonalds Angriff gegen die Geheimdiplomatie unbegründet, da es sei besser, den Grund erst zu sondieren, bevor man Vorschläge vorbringe. Hierauf kritisierte er die seit Januar von der Regierung eingenommene passive Haltung und sagte, es sei denn dadurch die Lage gebessert habe und wie es eigentlich mit der Entente cordiale stehe. Es sei eine gefährliche Änderung in der europäischen Lage, daß seit Januar die französische und die englische Regierung immer weiter auseinander getrieben würden. Chamberlain fragte den Premierminister, ob er versichern könne, daß er bereits vor seiner Erklärung vom 12. Juli nicht nur erwogen habe, was geschehen werde, wenn die Vereinbarung mit Frankreich und Deutschland außer Stande komme, sondern auch, welches Ziel die Politik der Regierung im gegenseitigen Falle verfolgen werde.

Das Haus im Dunkel.

Aquith erwiderte um Mitteilung, ob die Regierung das Parlament einberufen werde, bevor sie gegebenenfalls eine einstimmige und unwiderrufliche Entscheidung treffen werde. Er beklagte sich darüber, daß dem Hause außer dem Inhalt der deutschen Note kein Dokument vorliege, sodas es sich vollkommen im Dunkeln befinde. Ein endgültiges Urteil über die Politik der Regierung lasse sich erst abgeben, wenn man genauer informiert sei.

Deutschlands Kapitulation oder sein Zusammenbruch.

Lloyd George führte aus, er nehme volle Rücksicht auf die Schwierigkeiten der Regierung, habe aber in Baldwins Rede vergebens danach gesucht, was eigentlich die endgültige Politik der Regierung sei. Besser wäre es wohl gewesen, zuzugeben, daß sich die französische Regierung endgültig über ihre Politik erklärt habe. Der französische Ministerpräsident habe ausdrücklich gesagt, daß er nicht drabsichtige, mit Deutschland zu verhandeln, bevor es kapituliere und, was noch furchtbarer sei, daß Frankreich das Ruhrgebiet nicht verlassen werde, bevor die letzte Zahlung erfolgt sei. Wenn ein Minister sich derartig festgelegt habe, könne er nicht mehr zurück. Die englische Regierung sei besonders deshalb in einer schwierigen Lage, weil England Frank-

Die neuen Steuervorlagen.

Über das Klein- und Kautopfer, das Kernstück der Steuerreform, die die Reichsregierung dem Reichstag in der nächsten Woche vorzulegen gedenkt, wird jetzt Näheres bekannt. In der Regierung des Reiches wird betont, daß außer gewöhnliche Anstrengungen gemacht werden müssen, um die durch die außerordentlichen Auswendungen des Reiches für Rhein und Ruhr erzeugte Inflation zu bewahren oder doch zu mindern. Zu dem geschätzten Kautopfer sollen deshalb alle Leistungsfähigen im deutschen Volk durch Zuschläge zur Einkommensteuer der besonderen Not wehren. Darüber hinaus sollen die Kräfte, die sich in heutiger Zeit besonders aufwenden für Verkehrsmittel gestalten können, zu dem Kautopfer auch besondere Beiträge leisten. Das soll durch eine außerordentliche

Abgabe aller Inhaber von Kraftfahrzeugen.

Sowohl Personen- wie Lastkraftwagen, und auch von Krafttraktoren gehen. Bei Krafttraktoren und Personenkraftwagen beträgt die Abgabe das Fünftel der Kraftfahrzeugsteuer und ist 14 Tage nach dem Inkrafttreten des Gesetzes zu entrichten. Der anderen außerordentlichen Abgabe unterliegen die Gewerbetreibenden. Diese Abgabe richtet sich nach der Zeit der Geschäftsbekanntmachung für das Geschäftsjahr 1921/22, vervielfacht mit 35 und zahlbar bereits am 31. August, vorgezogen, wenn der Geschäftsbekanntmachung zwischen dem 1. Oktober und 31. Dezember 1922 erfolgte. Dieselben Vorschriften haben überdies am 5. Oktober 1923 und am 5. Januar 1924 nochmals je die Hälfte der Körperschaftsteuer für 1921/22, multipliziert mit einer noch festzusetzenden Steuerwertminderungszahl zu begleichen. Gewerbetreibenden mit Geschäftsbekanntmachung vor dem 1. Oktober 1923 bzw. vor dem 1. April 1923 haben die Hälfte der Körperschaftsteuer für 1921/22, vervielfacht mit 35 am 31. August zu zahlen. Entsprechende weitere Zahlungen haben ebenfalls am 5. Oktober bzw. am 5. Januar 1924 zu erfolgen.

Kafer dem Gesetzentwurf über dieses Klein- und Kautopfer sind dem Reichstag am Mittwoch auch verschiedene

Änderungsgeetze für Verbrauchssteuern

zugegangen. Vorgesehen ist dabei eine Erhöhung der Biersteuer mit einer Steuerbefreiung des Brauereipreises von etwa 20 Prozent und des Kleinverkaufspreises von etwa

8-12 Prozent gegenüber einer 28 bis 37prozentigen Belastung der Brauereipreise und einer einprozentigen Belastung der Kleinverkaufspreise, wie sie vom Reichstag zuletzt beschlossen worden sind. Das Mineralwassersteuergezet soll aufgehoben werden, da dessen Aufkommen die Verwaltungskosten nicht mehr deckt. Bei den übrigen Verbrauchssteuern ist ebenso wie bei der Biersteuer vor allem vorgezogen, den Steuerertrag rascher wie bisher der Reichskasse zuzuführen. Eine Erhöhung der Verbrauchssteuer ist vom Reichskabinett noch nicht endgültig verabschiedet, ist aber gleichfalls im Rahmen der neuen Steuergeetze beabsichtigt.

Die endgültige Verabschiedung der Goldanleihe

im Kabinett hat einige Verbesserungen gebracht. Diese Anleihe ist vor allem auch gedacht als Sparmöglichkeit für die dritten Klassen. Es ist deshalb von Bedeutung, daß der Anleihebetrag nicht begrenzt ist. Denn die Summe von 600 Millionen Goldmark, zu deren Zinsenbedeckung das Reich ermächtigt werden soll, geht drei- bis viermal über den heutigen Umlauf an Papiermünz. Wichtig ist für die kleinen Leute außerdem, daß die kleinsten Stücke der Anleihe einen Dollar ausmachen, also eine Summe, die der Einzelne vielleicht heute ausbehalten kann. Darüber hinaus werden die Sparklassen als Anleihezeichner die Möglichkeit bieten, Beiträge unter einem Dollar als wertbeständige Sparkonten in Zukunft entgegenzunehmen. Um die Anleihestücke leicht umkehrbar zu gestalten, sind sie von der Börsenumsatzsteuer befreit und durch einen Zinsschein belastet. Bei ihrer Kündigung nach 12 Jahren wird statt dessen vielmehr ein Zuschlag von 50 Proz. vergütet werden. Das bedeutet eine Schädterstellung gegenüber den höheren Stücken, die mit 6 Prozent verzinst werden, während der 50prozentige Zuschlag noch keine 4 Proz. Verzinsung ausmacht. Hier weist die Anleihe einen ungerechtfertigten Vorteil für die bestehende Klasse auf. Dem Reichstag werden die Steuervorlagen im Rahmen eines Kreditgesetzes in diesen Tagen zugehen.

Starke Kohlenpreiserhöhung.

Berlin, 3. August.
Bei den Beratungen der Organe der Kohlenwirtschaft einigte man sich auf den Beschluß, eine Erhöhung der Kohlenpreise für die Westere des besetzten Gebietes um etwa 148 Proz. und für die anderen Westere um etwa 125 Proz. vorzunehmen.

reich erlaubt habe, ins Ruhrgebiet zu gehen. Er habe ihm gewissermaßen Erfolg gewünscht. Wenn England jetzt von dieser Politik abgehen wolle, so sei dies eigentlich nicht fair gegenüber Frankreich. Die französische Forderung sei nun einmal im Ruhrgebiet gestellt, und die Ehre des Landes sei verpfändet. Lloyd George sagte schließlich, es gebe nur zwei Möglichkeiten: Deutschlands Kapitulation oder sein Zusammenbruch.

Die Debatte im Oberhaus.

London, 2. August.
Nach Lord Curzon führte Lord Birkenhead aus, England müsse Frankreich gewähren lassen und seine Vertreter aus dem Wiederherstellungsausschuss und seine Besatzungstruppen vom Rhein zurückziehen. Auf diese Weise werde England keine Verantwortung für die folgenden französischen Experimente haben. Lord Grey legte dar, England befinde sich in einer schwierigen Lage. Es brauche Deutschlands Reparationen. Frankreich aber sei dabei, jede Hoffnung auf Reparationszahlungen zu zerstören und die wirtschaftliche Befreiung Europas zu verzögern. Lord Curzon erwiderte: Man hat uns erzählt, Frankreich sei ins Ruhrgebiet gegangen, um Reparationen zu erhalten. Er habe nicht bemerkt, daß Reparationen eingebracht seien, sondern daß die Aussicht darauf vor unsern Augen immer mehr zerbröckelt wurde. Dies sei eine Frage, die nicht nur Frankreich und Belgien allein angehe. Andere Staaten hätten auch Reparationsansprüche. Die Frage betreffe alle Mächte. Sie ist eine europäische, eine internationale Frage.

Wir können nicht zur Seite rücken und zulassen, daß Frankreich und Belgien jede beliebige Politik betreiben. Ich spreche nicht nur von unserem Rechte auf Reparationen, sondern auch von unserem Rechte bezüglich der internationalen Schulden. Dies ist eine Frage von größter Wichtigkeit, und sie kann nicht beiseite gelegt werden, als ob sie nicht existiere. Die Lage im Ruhrgebiet läßt sich nicht, sondern werde immer jünger. Deutschland zerfalle und treibe in Ruin und unüberwindliche Zerstörung hinein. Damit schwinde jede Aussicht auf wirtschaftliche Wiederherstellung nicht nur für Deutschland, sondern auch für Europa.

Präsident Harding †.

New York, 3. August.
Präsident Harding ist heute nacht gestorben.
Warren G. Harding ist seit 2. November 1920 als Vertreter der republikanischen Partei zum Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika gewählt worden. Schon im Juni 1920 war er vom Nationalkonvent der Republikaner in Chicago zum Präsidentenkandidaten gewählt worden.

Er ist 1865 als Sohn eines Dorfarztes in Corsica (Ohio) geboren worden und väterlicherseits schottischer, mütterlicherseits holländischer Abstammung. Harding war Journalist von Beruf. Er studierte in Jheria und mußte sich das Geld für sein Studium selbst verdienen. Er war Besitzer des Verlags „Harding Publishing Company“ in der Stadt Marion in Ohio, der die im ganzen State Ohio weitverbreitete konservativ-republikanische Tageszeitung „The Star“ sowie einige Wochenblätter herausgibt. Außerdem war Harding Bankdirektor und Aufsichtsratsmitglied einer Reihe von Fabriken. 1910 bemühte er sich erfolglos um

das Gouverneuramt seines Staates, 1913 kam er mit einer Mehrheit von 100000 Stimmen in den Senat nach Washington, wo er dem Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten angehörte. In der republikanischen Partei fand er von jeder auf dem reaktionärsten Flügel, doch war er in der Öffentlichkeit weder politisch noch wenig hervorgetreten.

14 Monate Militärdienstzeit in Belgien.

Paris, 2. August.
Der belgische Senat hat nach einer heftigen Debatte gestern über das neue belgische Wehrgesetz abgestimmt. Der Antrag der Sozialisten, der eine Dienstzeit von sechs Monaten wünschte, wurde mit 92 gegen 41 Stimmen abgelehnt. Der Antrag, der eine Dienstzeit von 12 Monaten vorsieht und einen weiteren Dienst von zwei Monaten für die

Dauer des Ruhereinbruchs wurde mit 85 gegen 34 Stimmen bei drei Enthaltungen angenommen. Das ganze Gesetz wurde schließlich mit 82 gegen 32 Stimmen bei vier Enthaltungen angenommen.

Kleine Auslandsnachrichten.

Paris, 3. August.
Nach einer öffentlichen Verhandlung wurde heute das Urteil gegen den Direktor und den Verwaltungsrat der Banque Industrielle de Chine gefällt. Der ehemalige Direktor der Bank, Barthelemy, wurde zu 6 Monaten Gefängnis und 3000 Francs Geldstrafe, Senator Barthelemy zu 3000 Francs Geldstrafe und die übrigen für schuldig befundenen Verwaltungsräte zu je 3000 Francs Geldstrafe verurteilt. Die Anklage war erhoben worden wegen Ausbeutung unregelmäßiger Aktien und fiktiver Dividendenverteilung.

Der Ernst der politischen Lage.

Sozialistische Kritik und Forderungen.

In Weimar hat nach Zeitungsberichten eine Konferenz sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter stattgefunden. Sie stellt mehrere Forderungen auf. Da diese Forderungen für die weitere Gestaltung der politischen Verhältnisse von großer Bedeutung werden könnten, geben wir nachstehend die daraus bezüglichen Ausführungen der Sozialdemokratischen Zeitung wieder. In ähnlicher Weise äußern sich auch andere Blätter:

Das „Sächsische Volksblatt“ schreibt: Man muß schon sagen, daß es ein unhaltbarer Zustand ist, der da in Berlin herrscht. Im Lande geht das Unheil seinen Gang, an allen Ecken kochen Streiks auf, weil der Hunger marшиert, der Reichsriegel für Lebenshaltungskosten hat sich in der letzten Woche um 81,7 Proz. erhöht. Keine Arbeiterkategorie hat eine ähnliche Aufbesserung der Löhne erhalten, die Lage ist gefahrrohend. Auf dem Geldmarkt breitet sich die Katastrophe aus, die Reichsbank hat in der letzten Woche wieder 6 Millionen neues Geld herausgeworfen und 40 Millionen von ihrem Gold geopfert und kann dennoch die Kurse nicht halten. Im Ruhrrevier droht der Zusammenbruch. Aus Oberhausen werden blutige Streikdemonstrationen gemeldet; Folge: 2 Tote, 7 Verwundete, und überall gilt es, zumal die Lebensmittel zu Ende sind. Ja, worauf wartet man denn eigentlich noch? Auf den Bürgerkrieg?

Die Sorge um die Partei, deren gefährliche Lage eine Fortdauer des gegenwärtigen Zustandes nur verschlimmern würde, hat ein Anzahl Parteigenossen anlangengeführt, um zu beraten, welche Maßnahmen sie der Partei bei der gegenwärtigen Lage als Anregung vorschlagen können.

Die Arbeit der Fraktion und der Führung der Partei müssen sich in folgender Linie bewegen:

1. Sofortige Einberufung der Fraktion und Forderung des Rücktritts der Regierung ohne Rücksicht darauf, ob die bürgerlichen Fraktionen der von uns geforderten Einberufung des Reichstages zustimmen.
2. Erklärung gegen die Sabotageakte.
3. Annäherung direkter Verhandlungen mit Frankreich und Belgien unter Angebot einer bestimmten Reparationssumme für Räumung des Ruhr-

gebiets, die durch Vermögensabgabe zu erreichen ist.

4. (Maa) zur Bilanzierung des Staats, zur Stilllegung der Reichspresse und gegen Währungsverfall, b) zur Sicherstellung der Ernährung der Bevölkerung nötigen Maßnahmen.

5. Ablehnung jeder Koalition, solange nicht die Partei durch eine klare, selbständige, proletarische Politik sich die Macht sichergestellt hat, die ihr das Übergewicht in jeder Koalition sichert.

6. Unter vollster Wahrung unserer Anschauungen, Ziele und Selbständigkeit mögliches Zusammenarbeiten mit den Kommunisten zur Erreichung der nächsten proletarischen Ziele.

7. Engstes Zusammenarbeiten der parlamentarischen Parteiverbindungen im Reiche mit denen der Länder.

8. Einheitliche Maßnahmen der S. P. D. in den Ländern, Regierungen und Landtagen gegen den Faschismus; Aufbau eines einheitlichen Selbstschutzes durch die Partei.

9. Energievolle Annäherung aller möglichen parlamentarischen und außerparlamentarischen Kampfmittel in enger Verbindung mit den Gewerkschaftsorganisationen.

10. Sofortige Einberufung eines Parteitag.

Die Meinung Crispiens.

Der Mitvorsitzende der S. P. D. Crispien schreibt im „Vorwärts“:

Wir haben unsere Vorschläge und Forderungen zur Liquidierung der Ruhrkrise und zur finanziellen und wirtschaftlichen Gesundung Deutschlands im Interesse der ungeheuren Mehrheit des deutschen Volkes ebenso energisch und unerschütterlich zu verteidigen, wie die bürgerlichen Parteien ihre egoistischen Klasseninteressen im Interesse einer Minderheit verteidigen. Mit parlamentarischen und außerparlamentarischen Mitteln. Und das ohne vor Regierungskreisen zurückzuschrecken.

Wir müssen die Kühnheit wagen, selbst eine rein sozialistische Regierung zu bilden und den Reichstag mit seiner bürgerlichen Mehrheit heimzuführen. Bei einem Wahlkampf für ein Programm im Interesse der ungeheuren Mehrheit des deutschen Volkes haben wir nichts zu ver-

lieren, aber viel, vielleicht sogar alles, zu gewinnen.

Eine klare, feste, sozialistische Politik für die Arbeiter, Angestellten, Beamten, kleinen Gewerbetreibenden, Rentner aller Art, kurz für alle durch den Kapitalismus proletarisierten Schichten, würde uns die Millionenmassen zuführen. So bereiten wir die Auflösung des Reichstags und den Wahlkampf vor, um im Kampf die große Koalition der Arbeiter im weitesten Sinne des Wortes zu erringen. Denn hier liegt die Arbeiterfrage die wirtschaftliche Macht, sobald sie zusammengeführt sind und sobald sie wissen, was sie wollen.

Forderungen demokratischer Arbeiter.

Eisenfeld, 2. August.
Im Anschluß an eine Sitzung der Vertreter der Deutschen Demokratischen Partei traten die Vertreter der in der Deutschen Demokratischen Partei politisch organisierten Arbeitnehmer des Ruhrkreises zu einer Sonderberatung zusammen, in welcher Dr. Schepp, Düsseldorf, über „Arbeitnehmer und Politik“ referierte. In der deutschen Wirtschaft fordern die Arbeitnehmer die Fortführung der Sozialpolitik, sie fordern Indefizienten und schärfste Reform der Veranlagung. Von der Deutschen Demokratischen Partei erwarten sie, daß sie für schnelle Durchführung schweriger Einkommen eintreibt. Hinsichtlich der Kurzarbeit wird deren volle Aufrechterhaltung verlangt, da durch deren Befreiung die Produktion nicht geboten, aber das soziale Elend vergrößert wird.

Die Erregung im Ruhrrevier.

Neues Blutergießen.

W. T. E. Mainz, 3. August.

Infolge der ungeheuren Preissteigerung und des Mangels an Lebensmitteln kam es gestern vormittag im Zentrum der Stadt zu Demonstrationen von Arbeitslosen, die schließlich einen so bedrohlichen Charakter annahm, daß die Polizei mit blauer Waffe vorgehen mußte, wobei es mehrere Verletzte gab. Nachmittags 1/2 3 Uhr kam es auf dem Marktplatz wieder zu Zusammenrottungen von Arbeitslosen und Kohlenarbeitern, die jedoch von einem starken Aufgebot wieder auseinandergetrieben wurden. In den ersten Nachmittagsstunden war das Geschäftsviertel zwischen dem Dom und dem Markte von Obahis und Karolinenstraße besetzt worden, die die Menge mit blauer Waffe auseinander trieben. Am späten Nachmittag war die Ruhe wieder hergestellt. Auf dem heutigen Frühmarkt ist es zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen Bauern und dem Publikum gekommen. Die Polizei mußte eingreifen. Im übrigen war die Ruhe bisher nirgends gekürrt worden.

3 Tote und 18 Schwerverletzte in Oberhausen.

Essen, 3. August.

Wie das „Ruhr Echo“ zu den gestrigen Vorgängen in Oberhausen berichtet, sollen von den Arbeitern 3 getötet und 18 schwer verletzt sowie viele leicht verletzt worden sein.

An die Regierungen und Völker.

Von G. D. Morel
Unter diesem Titel hat G. D. Morel, der unerschrockene Kämpfer einer vernünftigen politischen Gestaltung, seinem Buch „The truth and the war“ ein Nachwort folgen lassen, das der „Daily Herald“ veröffentlicht hat.

Für neun Jahren führt Ihr eure Völker zur Schlachtbank! Mit mörderischen Werkzeugen, auf verdorrten Pfaden, in heimlichen Beratungen, mit Verschörungen und Gegenverschörungen, bestrebt, eure Gegner an Mitleid zu übersteifen, haltet Ihr, gleich ihnen, seit langem den Köpfen den Todesweg bereit. Ihr redet ihnen von von Freiheit und Gerechtigkeit, von Fortschritt, Sicherheit und Frieden.

Ihr gebotet ihnen, im Namen Gottes zu morden, nahm seinen Segen für eure Unternehmen in Anspruch, den barmherzigen Christus, den Ihr auf neue aus Kreuz schlugt, rief! Ihr um Hilfe an.

Ihr verspracht den Völkern eine von Gott besegnete Welt; die gelulert wäre durch ihr Opfer, gesegnet durch ihr Martyrium, gereinigt durch die Tränen der Trauen, im Blute teingewaschen; in dem Blute der Jugend!

Monat folgte auf Monat, Jahre starben und wurden geboren; immer noch befehlt Ihr ihnen, zu töten.

Formlos in die dunkle Erde hineingelampft, gerissen und zerschmettert, blutige Köpfe da, wo einst die Brust war, auf den Augenhöhlen geblutete Augen, verflümmelte, löse hängende Glieder, so starben sie an Dürst und Wunden in den Gasatrichter, zappeln sie sich am Stacheldraht hängend zu Tode, schließten sie die Eingeweide nach und verfaulen bei lebendigem Leibe in den mit Leichen bedeckten Schützengräben.

Und Ihr ward es, die dies alles verursacht, Ihr, Ihr!

Was töten sie denen, mit denen sie kämpfen mußten? Was tötete ihnen? — „Gewöhnliche Leute“, sie alle. Dieser Wunsch von Dezon, der aus der Gaskogne; dieser Jüngling aus dem Badener Ländchen, jener aus der italienischen Ebene; alle von Lebensfreude erfüllt, sie alle entpfehen einem einzigen Menschenkamm, gleiche Hoffnungen, gleichen Kummer tragend: Arbeiter der Welt.

Und noch war Euch trotz allem das Vertrauen derjenigen geblieben, die kämpften, aber nicht fielen.

Unermüht blieb immer noch eure Schuld. Ihr hattet vollaus den Bedürfnissen der Witwen und Waisen Rechnung getragen; unermüht war dennoch euer Verbrechen.

Und trotzdem hättet Ihr Verzeihung erlangen können; denn unermüht ist die Geduld des Volkes; unendlich groß seine Verzeihung, unerschöpflich seine Großmut, seine Fähigkeit, zu leiden.

Ihr aber, Ihr verzeihtet nicht!

Wo ist die ihnen versprochene Freiheit? Ist es die Freiheit, Hunger zu sterben inmitten derer, die im Luxus schwelgen? Wo die Gerechtigkeit? Weist Ihr darauf hin, das Armengebet und das Armenhaus? Wo die Sicherheit? Weint Ihr damit die Sicherheit, die den Heimatlosen gewährt wird? Wo der Frieden? Kennt Ihr so den Frieden des Todes? Denn abnormals bereitet Ihr der Erde des Todes eine reiche Gabe. In euerem Wahnsinn schaffet Ihr noch grauamere Werkzeuge der Vernichtung. In euerer Bosheit und Gottlosigkeit gebt Ihr von neuem das Vermögen der Völker für ihren Untergang hin. In euerer Verblendung sucht Ihr wieder eueren Verrot in dem Blute der Unschuldigen zu erfrischen.

Ihr verzeht den Himmel mit fliegenden Hölle der Zerstörung; die bald schlummernde Städte in Giftstoffe einfließen werden, in einer einzigen Nacht, die beherrschte Arbeit von Jahr-

hundertern vernichtet, stündende Bomben schleudernd auf enge Gassen und Gebäude, wo eure Lohnslaven haften; tödliche Gase über das Land ausströmen lassend, ganze Gemeinden dem Erstickungstod preisgebend.

Kaltblütig mit einer jenseitigen Feigheit und Überlegung, die aus Euch die Meisterverbrecher der Jahrhundert machen, plant Ihr der Völker Untergang. Mit feierhafter Geschäftigkeit schlagt Ihr Kanen-, Fichten- und Eichenwälder ab, die eueren Plänen dienen sollen, vermandelt Ihr eure Laboratorien in Werdhäuser, macht Ihr aus euren Chemikern bezahlte Mörder. Ihr prostituiert die Wissenschaft im Dienst des Mordes, die in nie gesehenem Maße ausgeübte Mezelei erhebt Ihr zur Würde der Jugend.

Ihr plant Vernichtung mit einer an Schwachfinn grenzenden Unselbstigkeit, Zerstörung fruchtbarer Bevölkerungszentren, großer Wirtschaftsknoten der Industrie, Zerstörung der Ersten und alles pflanzlichen Lebens. Die Hölle der eurer Bomben werden die Wohnstätten derer sein, die in den Werkstätten, in den Fabriken, in den Höfen, auf den Feldern arbeiten.

Im Namen Gottes frage ich Euch: wer und was seid Ihr, daß Ihr diese Dinge tut? Woher nehmt Ihr Euch das Recht, Geheiß zu geben, zu regieren, zu verwalten? Überschreitet nicht die Grenzen der Gewaltsamkeit im Namen der Gerechtigkeit des Schwelkes eures Bewußtseins? Wlaubt Ihr, die Rücksicht der Völker sei grenzenlos?

Oh Ihr Völker, vermeintliche Sieger, aber gemeinliche Opfer des großen Krieges. Die höchste Gefahr eures Zeitalters und eurer Geschichte steht auf eulenden Flügeln drohender Verzeihung. Rafft Euch auf und erwaht zu der Erkenntnis der nahenden Gefahr, ehe der unerbittliche Mechanismus Euch in seiner grauamen Umarmung zerschmettert, ehe die Admonen der Furcht und des Hasses Euch zu Spielbällen der von panischer Angst befallenen, Irzrämer begehenden Regierungen macht, die beladen sind mit dem

verfluchten Erbtel ihrer eigenen Ungerechtigkeit und Torheit.

Bereinigt Euch nicht, um die drohende Katastrophe abzuwenden, ist euer Untergang besiegelt. Ihr kämpft im Dienste der Freiheit, soll eueres Lebens Arbeit mit Euch untergehen? Ihr Helfer der Armen, wollt Ihr die Öffnung aufgeben, sie aus dem Sumpfe zu ziehen? Ihr Verfechter der Gerechtigkeit, wollt Ihr warten, während die Wahnwitzige eine Widnis planen?

Ihr alle, die Ihr an dem Aufbau des neuen Staates mitarbeitet, wollt Ihr ansehen, wie er in der Blüte gekürrt wird? Ihr, die Ihr die Jugend liebt, wollt Ihr von neuem eure Kinder geopfert sehen?

Erinnert Euch! Sie geboten Euch, Euch um des Friedens willen zu bewaffnen. Ihr bewaffnetet Euch, und der Krieg kam und geißelte Euch.

Erinnert Euch! Sie geboten Euch, Euch der Sicherheit zuliebe zu bewaffnen. Ihr ergrißt die Waffen, und heute seid Ihr weniger sicher denn je vor ihrem verbrochenen Wahnsinn.

Wieder befehlen sie Euch, noch teuflischere Waffen herzustellen. Während aus den Schmelztiegel ihrer Laboratorien emporsteigt der Dampf stinkender Gase, die brennen und erstickend; leichte Gasen, die sich mit der Luft vermengen, alles Lebewesen mit Auflösung bedrohen, schwere Gase, die, unter die Oberfläche sinkend, Euch bis in die Eingeweide der Erde verfohlen werden. Gifte, die in Probenküben befüllt werden, Tropfen um Tropfen, deren tödliche Macht die Kunst eines Cesare Borgia übertrifft.

Eure Körper, eure Kinder, eure Häuser, eure Städte und Dörfer, eure Primatland, dies sind die Ziele eurer.

Ihr Loren! schreit nach eurem eigenen Verderben!

Wertbefähigende Tarife der Eisenbahn.

Nr. 1. September.

Berlin, 2. August.

Wie die 'Sächsische Zeitung' erzählt, ist zum 1. September d. J. mit der Einführung sowohl wertbefähigender Werttarife wie auch wertbefähigender Personentarife bei der Reichsbahn mit Sicherheit zu rechnen. Nach der heute vorläufig erfolgten Rückkehr des Reichsverkehrsministers von einer Dienstreise sind die leitenden Beamten des Reichsverkehrsministeriums zur Beratung der Zugfrage zusammengetreten. Es soll geplant sein, bei der Berechnung der Tarife den Friedensstarif zugrunde zu legen und ihn mit dem Entwertungsfaktor zu multiplizieren, der sich aus den Weltmarktpreisen für Kohle und Eisen, den inländischen Löhnen usw. errechnet. Ende nächster Woche wird der künftige Ausschuss des Reichseisenbahnrates zusammenzutreten, um über eine gegebenenfalls noch vor dem 1. September nötig werdende Tarifserhöhung und über die Valorisierung der Tarife zu beraten.

Keine Auslieferung des Hardenattentäters?

Berlin, 3. August.

Zu der vor einiger Zeit, wie bereits berichtet, in Wien erfolgten Verhaftung des Hardenattentäters Oberleutnants v. D. Anfermann wird dem 'Berliner Tageblatt' von unrichtiger Seite mitgeteilt: Die deutsche Regierung habe alsbald nach dem Eintreffen der Nachricht von der erfolgten Verhaftung den Antrag auf Auslieferung gestellt, der bereits seit längerer Zeit die zuständigen Stellen der österreichischen Bundesregierung beschäftigt. Während von den deutschen Behörden die Auslieferung Anfermanns nicht im Wege stehen würde, scheint man in österreichischen Regierungskreisen auf dem gegenteiligen Standpunkt zu stehen, wonach das Attentat lediglich als politisches Verbrechen zu bewerten sei. Es ist daher fraglich, ob Teutschland dem Auslieferungsbegehren der deutschen Regierung stattgeben wird, zumal bereits im Fall Anfermann ein Präjudiz für den Fall Anfermann geschaffen worden ist. Wie erinnertlich, wurde der Hofrat Johann Schenckmeier aus Chemnitz im vorigen Sommer in Tirol verhaftet, weil die Ermittlungen der deutschen Behörden ergeben hatten, daß er den bei der Ermordung Rathenau von Fischer, Krenn und Tschow benutzten Kraftwagen zur Verfügung gestellt habe. Auch damals hatte die österreichische Regierung die Auslieferung Schenckmeiers abgelehnt, weil es sich bei dem Rathenau-Mord um ein politisches Verbrechen handelte. Mit dieser Auffassung haben sich die österreichischen Behörden in ihrem gegenwärtigen Bescheid über den Verhaftungsfall Anfermann im Einklang gehalten, der in seinem Präliminar im Rathenau-Prozess betonte, daß es sich bei dem Attentat auf Erzberger, Rathenau und Scheidemann um unpolitische, gemeine Verbrechen, wenn gleich getragen von politischen Motiven, handle. Es ist zu erwarten, daß an zukünftiger Stelle in Wien in der nächsten Zeit die Entscheidung über den Auslieferungsantrag Teutschlands in Sachen Anfermann fallen wird.

Zusammenstöße mit deutschnationaler Jugend.

Berlin, 3. August.

Gestern abend kam es in Berlin an der Kieler Brücke und in der Chausseestraße zu kleineren Zusammenstößen zwischen Mitgliedern der deutschnationalen Bismarckjugend und politischen Gegnern, anscheinend Kommunisten. Beim Zusammenstoß an der Kieler Brücke wurden mehrere Schüsse abgegeben, die zur leichten Verletzung einer unbeteiligten Frau führten. Drei Angehörige der Bismarckjugend sind beim Zusammenstoß in der Chausseestraße von der Schutzpolizei festgenommen worden.

Die Regierungsbildung in Mecklenburg-Strelitz.

Neustrelitz, 28. Juli.

Der Landtag in Mecklenburg-Strelitz wählte zum Präsidenten den deutschnationalen Hofrat Friedl, zu Vizepräsidenten den Sozialdemokraten Bobin und den Kommunisten Röp. Der Präsident ernannte auf Grund des Paragraphen 24 des Landesgesetzes zum Staatsminister den deutschnationalen Landbesitzer Schwabe-Friedrichshof (Richtadgründener) und den bisherigen demokratischen Minister Dr. Hübner.

In der Nachmittags Sitzung des Landtags berieten die Sozialisten das Recht des Präsidenten zur Ministerernennung und Festsetzung der Ministerzahl ohne Bestätigung des Landtags. Sie beantragten Prüfung durch die Geschäftsordnungskommission und Vertagung der Entgegennahme der Regierungserklärung. Dieser Antrag wurde mit 19 gegen 15 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt. Die Sozialisten stellten die Vertrauensfrage. Das Vertrauen wurde mit 16 gegen 15 Stimmen bei vier Enthaltungen ausgesprochen.

Die polnische Vertreibung der deutschen Auswanderer vor dem dänischen Schiedsgericht.

Kopenhagen, 2. August.

Heute beginnt vor dem künftigen internationalen Schiedsgericht in Haag die öffentliche Verhandlung über die Streitfrage, ob Polen berechtigt war, die deutschen Auswanderer und Fischer aus ihren Stellen zu vertreiben. Polen ist durch den Grafen Michael Soltowiczki und den schweizerischen Generalstaatsanwalt Sir Ernest Pollock, Deutschland durch den Reichsminister a. D. Schiffer vertreten. Die Verhandlungen werden voraussichtlich mehr als eine Woche in Anspruch nehmen.

Mitteilungen aus der öffentlichen Verwaltung.

Minister-Ernennung.

(St. K.) Amtsgerichtspräsident Neu-Leipzig ist vom 15. August ab vom Ministerpräsidenten Dr. Zeigner zum Justizminister ernannt worden.

Reichsgesetzblatt. Die am 3. August ausgegebene Nr. 66 von Teil I enthält: 10. Ergänzung des Weisungsgesetzes; 2. Bdg. über die Gebühren der Rechtsanwaltschaft im Verhältnis zur Versicherungsgeldversicherung; 2. Änderung der Ausl.-Bestimmungen zur Luftverkehrsverordnung; 3. Bdg. zur Ausl. des Weis. über die Prüfung und Beglaubigung des Fieberthermometers; Bdg. über die Angliederung neuer Gehaltsklassen in der Angestellten-

versicherung und Lohnlohn in der Zubehörsversicherung.

Lohnbewegung.

Lohnabkommen im Buchdruckerberuf.

Berlin, 2. August. Unter dem persönlichen Vorsitz des Reichsarbeitsministers ist in später Nachmittage ein Abkommen für das deutsche Buchdruckergewerbe zustande gekommen, das für die laufende Woche vom 28. Juli bis 2. August eine Erhöhung des Spizenlohnes um insgesamt 400 000 M. und für die Woche vom 4. bis 11. d. M. eine Erhöhung des Spizenlohnes auf 2 400 000 M. vorsieht. Die Lohnregelung für die Woche vom 12. bis 19. August erfolgt in der Weise, daß der Spizenlohn unter Zugrundelegung des für den 6. d. M. festgestellten Reichsleistungsminderer zu errechnen ist. Die Schlichtung ist mit Wirkung vom 4. d. M. auf 5000 festgesetzt worden.

Neuregelung der Beamtengehälter.

Berlin, 3. August.

Am Donnerstag begannen im Reichsfinanzministerium Verhandlungen mit den Vertretern der Spitzenorganisation der Beamten zur Festsetzung der neuen Gehälter für die erste Hälfte des Monats August. In den Verhandlungen waren die Beratungen noch nicht abgeschlossen.

Die Verhandlungen über die Neuregelung der Vergütung der Beamten im Reichsarbeitsministerium sind auch im Laufe des Donnerstag weitergeführt worden; ein Ergebnis liegt jedoch noch nicht vor.

Dresden.

Gesamtstadtsitzung.

Es wird beschlossen, den 11. August für dienstfrei zu erklären und eine Versammlung für die Vertreter der städtischen Beamten, Angestellten und Arbeiter im Hofsaal des Neuen Rathauses zu veranstalten. — Zur Erhöhung der Sozialrenten: Unterhaltungen werden insgesamt 1 600 000 000 M. bereitgestellt. — Die Vollstreckungspreise werden mit Wirkung vom 3. August ab der Wertminderung entsprechend erhöht. — Man erklärt sich mit der Festsetzung von 50 Millionen Reichsmark für den Beitrag von 50 Millionen Reichsmark einverstanden.

Beschleunigte Einhebung der Gas-, Wasser- und Stromrechnungen.

Bei der ständig sich fortsetzenden Geldentwertung sieht sich das Betriebsamt gezwungen, auf größere Beschleunigung in der Einhebung der Rechnungsbeträge für die Gas-, Wasser- und Stromlieferung zu dringen. Die Rechnungen sollen daher in diesem Monat den Abnehmern schneller zugehändigt werden als bisher. Zugleich wird die bisherige Zahlungsfrist von acht Tagen auf drei Tage herabgesetzt, wobei zu bemerken ist, daß das Geld innerhalb drei Tagen beim Betriebsamt schon eingegangen sein muß. Wer daher durch Zahl oder Postwechsel zahlen will, muß den Auftrag zur Überweisung unverzüglich nach Erhalt der Rechnung an die Post oder das Postfach richten. Die Rechnung wird infolge der eingetragenen Erhöhung ungefähr den achtfachen Betrag der vorigen Rechnung ausmachen, jedoch es sich empfiehlt, diese Summe, die sich jeder selbst ausrechnen kann, in der Zeit etwa zwischen 3. und 10. August festzuhalten.

Deutsche Rotgemeinschaft.

Die Sammlung für die Roten des unjüdischen Stadt wird fortgesetzt. Spenden nehmen

alle Banken, Staat- und sonstige öffentliche Kassen sowie die Geschäftskasse unserer Zeitung an. Hauptsammler: Rathausgebäude, Herrnhut, Waisenhausstr. 20/22.

Protest gegen die Tabaksteuer.

Am gestrigen Donnerstag hielten in Dresden die Zigarrenfabrikanten, wie im ganzen Deutschen Reich, ihre Geschäfte geschlossen. Alle mit Tabakwaren Handelnden hatten zum Zeichen des Protestes gegen die Tabaksteuer den Verkauf von Tabakwaren eingestellt.

Erwerbslosen Demonstration. In der Reichstrasse fand gestern abend eine Versammlung von Erwerbslosen statt. Im Anschluß daran bildete sich ein Zug, der durch die Hauptstrasse, über die Augustusbrücke, durch die Schloß-, See- und Prager Straße bis zum Hauptbahnhof zog. Einige an diesen Straßen liegende größere Lokale wurden aufgesperrt, zu schließen. Zu Gewalttätigkeiten ist es nirgends gekommen, da die Polizei sofort an bedrohten Stellen eintrifft und die Demonstranten zerstreut. Wegen Mitternachts herrschte überall Ruhe.

Attentat. Das Amtsgericht Dresden beschäftigt die Zivilprozeßkassen vom Jahre 1883 zu vernichten. Gemeinden, Korporationen oder Privatpersonen, die an der Erhaltung einzelner Akten ein Interesse zu haben glauben, wird es freigelegt, binnen acht Wochen von dem Berichtsjahre, das im Amtsgericht, Leihzimmer Straße, Zimmer 135, ausliegt, Einsicht zu nehmen.

Operntheater. Nach einer kurzen Unterbrechung des Theaterbetriebes wurde am Mittwoch abend die neue Spielzeit eröffnet. Hierzu hat die Leitung ein ganz hervorragendes Programm zusammengestellt, das auch den wertvollsten Ansprüchen gerecht wird. Die japanischen Opern O. und C. Takahashi bringen allerdaher verblüffend: Kunststücke, für die man keine Erklärung findet, die aber eine angenehme Täuschung sind, die man sich gern gefallen läßt. Einem ganz eifrigen Zuschauer zeigt Kinty Tanaka. Es ist ein sehr erfreuliches, daß sich hoher Stellen die Liebhaber hier gereizt ist, und es bleibt nur zu wünschen, was man mehr bewundern soll: Die Geschicklichkeit der seltsamen Punkte oder die Ausdauer der Künstlerin bei der Zerstörung. Man wird eine ähnliche Fertigkeit von Tieren nicht so bald wieder sehen können. Clara Neff und Partner repräsentieren das Fach der Koffel-Quadrillen in würdevoller Weise. Man sieht neue Nuancen dieser artistischen Kräfte, und zudem werden die Vorstellungen in einem humorvollen Rahmen gezeigt, so daß der Besuch des Opernhauses volles Vergnügen ist. Opernspiele nennen die beiden Normas ihre Vorstellungen; unglücklich sind die gelegigen und geschmackvollen Bewegungen und Verrenkungen der beiden Künstler — wenn man hier überhaupt noch von Gelenken sprechen darf, denn die Kräfte scheinen aus den Körpern entfernt zu sein. Riß Sutti, eine ideal schöne Mädchenpartie, vollzieht einen faszinierenden Jahnstrahl am längsten Ort; eine Entladungsfähigkeit in lustiger Höhe. Der stürmische Besatz gut hier ebenso der artistischen Leistung, wie er auch eine Verbeugung vor der weiblichen Schönheit ist. William Schaff wird mit einem Partout am Fingel immer noch belacht, das eine qua von eines Varietéprogramms, das mondaine Weisheit-Tanzpaar, ist durch Tilly und Fred vertreten; man erfreut sich gerne an den raffigen Tanzbewegungen. Edith Lagerborn läßt das Programm in einem schmerzenden

Der Professor als Volkserheber. Aus Jenaer Akademikerkreisen werden der 'Berliner Volkszeitung' folgende Mitteilungen gemacht, die ein merkwürdiges Licht auf den schon durch seine Handlungen gegen Gaedl berühmten Professor Plate werfen. Wegen des öffentlichen Professorenschicksals an der Universität Jena, Dr. Ludwig Plate, den Nachfolger Ernst Gaedels sind in den letzten Jahren in der Presse und in Versammlungen wiederholt Vorwürfe erhoben worden, daß er kein Lehramt zu parteipolitischen Verheerung und antimilitärischer Propaganda mißbraucht. Auf Professor Plate scheint die Kritik an seinen Entlassungen aber keinen Eindruck gemacht zu haben. Von Semester zu Semester spinnt er denselben Faden weiter. Nach denographischer Niederschrift hat er in dem Kollegen vom 17. und 18. v. M. u. a. folgende Äußerungen getan: 1. ... denn alles, was auf Erziehung und Erfahrung beruht, geht nicht auf die nächste Generation über. Wenn nur ein Hundertstel von dem, was die Eltern gelernt haben, vererblich wäre, dann würden wir solchen Widsinn, wie mit dem 9. November 1918, wo wir die Woffen wegwerfen haben, nicht erleben. 2. Die Antidemokratischen Parteien verlangen die Abschaffung der Todesstrafe, nur die, die recht leben, können abgemurrt werden. 3. In sehr vielen Köpfen pulst die Theorie, daß die Menschen alle gleich seien, wie die Sozialdemokraten es behaupten. Das ist ein Irrtum. Vom Vererbungsstandpunkt aus kann man darüber nur lächeln. Die Ungleichheiten beruhen nicht auf äußeren, schlechten Faktoren, wie die Sozialdemokraten behaupten, sondern sie sind in den Erbgang hineingebunden. Es gibt demzufolge höherstehende und niederwertige Menschenaffen: die höhere Begabung findet sich bei den höheren Ständen, die große Masse der unteren Volksschichten ist von Natur aus nicht so begabt wie die höheren. Die höheren Stände müssen in erster Linie die Führung des Volkes übernehmen. Die große Masse muß geführt werden. Man darf ihr keine Konzeptionen machen. Die höheren Stände müssen in den Parlamenten und Regierungen den Ausschlag geben, da die Masse immer denen nachläßt, die ihnen die goldensten Berge versprechen. 4. Sobald verschiedene Rassen in einem Volke vorhanden sind, führt das immer zu innerpolitischen Kämpfen. In unserer Rasse hat sich ein starker Bestand an eingetragten, der von Asien kommt und auch wieder nach Asien geht. Ich meine die Juden. Es läßt sich nicht leugnen, daß die Juden einzelne gute Eigenschaften haben (Widerspruch bei der Wahrheit), die jüdische Rasse hat aber viele unangenehme Eigenschaften. Derwegen wird sie überall belächelt. Die Juden haben die Kunst, die Wimmenschen auszunutzen. Das erste ist die jüdische Rasse denkt immer international und bildet dadurch einen Pfahl in unserem Heiligtum. Sehen sie sich die Sozialdemokratie an, die uns das Glend der Revolution gebracht hat: sie ist eine jüdische Erfindung. Marx und Lassalle waren Juden. Die Sozialdemokratie ist die erste Ursache unseres Unglücks! (Stürmischer, langanhaltender Beifall bei der Wahrheit.) Solange das deutsche Volk das nicht eingesehen hat, wird es mit uns weiter abwärts gehen. 5. Als gute Deutsche können wir nur Antisemiten sein. Die Juden sind die Träger der jüdischen Unmoral (Goldstein für Abtreibung, Moses für Gebot, Nichtsicht gegen § 175). Stille wie der 'Reigen' stammen von Juden, die dahinter stehen, um Geld zu verdienen. Ich möchte sagen, daß ich Judenverfolgungen nicht billige. Die Juden können sich aber über Pogrome nicht wundern, denn die rohe Masse des Volkes steht immer auf einer tieferen Stufe als die Welteliten. 6. Solange wie die Wahrheit haben — und die haben wir durch die Verfassung — soll nichts mich hindern, hier meine Ansicht über diese Fragen auszusprechen. (Beifall bei der Wahrheit.) Diese Äußerungen sind, um es noch einmal zu betonen, nicht in einer öffentlichen Versammlung gefallen, wo die Möglichkeit bestanden hätte, zu ihnen Stellung zu nehmen, sondern in einem

Colo Cana. Sonntag, den 5. August, feiert Nachmittagsvorstellung.

Bücherbesprechungen.

Die wirtschaftlichen Kämpfe, in denen sich die Bevölkerung befindet, beruhen den Werten der französischen Fremdenlegion in unierer männlichen Jugend den Boden. Es sind hauptsächlich gerade die Willenskräfte, die der Jung aus Abenteuer den Werten in die Arme treibt. Der einschlägigen französischen Literatur ist zu entnehmen, daß 57 Prozent des Gesamtbestandes der Legion Deutsche sind. Welche ungezügelt deutsche Kraft, die, von den Behörden in der Heimat richtig angewandt, wertvolle deutsche Kulturleistungen (Erbilung) zu lösen vermöchte, wird in verbecherischer Weise von Frankreich ausgenutzt. Wirklich aufklärendes Licht läßt in dieses dunkle Kapitel der Reuzelt Erwin Rosen mit seinem Buch 'In der Fremdenlegion' (Verlag von Robert Lutz in Stuttgart). Erwin Rosen ist leider schon tot. Er war einer unserer besten Schilometer fremder Länder und fremder Leute. Ein hinterlassender Ertrag sollte seinen vorbildlichen Eid. In seinen Büchern spricht das Leben zum Leben. Schade, daß er schon von den Willenskräften, den überschäumende Lebenskraft die Lande sprengen ließ, mit denen und die Pflicht an die Disziplin des künftigen Durchschneidens fesselt. Rosen war Legionär. Mit lobenswerter Einfachheit zeichnet er das Leben in der französischen Fremdenlegion. Er erkennt auch das Gute an dieser Truppe an, aber schließlich doch über ihre Schäden auf. Die willenskräftigen Jungen müssen sein Buch lesen. Wenn sie es gelesen haben, werden sie gewiß sein, daß sie mit der Auswendung an Energie und Kraft, die in der Legion unweigerlich von ihnen gefordert wird, überall wo anders in der Welt sich eine solche und gute Leistung schaffen können. Man legt Rosen's Buch nicht eher aus der Hand, bis man es durchlesen hat. Hier, wie auch in dem preisvollen Buch Rosen's 'Der deutsche Landsturm in Amerika' hat einer unserer besten Erzähler das Wort. Der Jugend ist die bei Lutz erscheinende, von R. Pennington bearbeitete Ausgabe empfehlenswert.

Kolleg über Zoologie, wo es keine Ausprüche gibt, und wo junge Studierende nur zu leicht geneigt sind, die Ausprüche des Dozenten in wissenschaftlichem Gewande als Dogmen anzunehmen. Die Wirkungen einer solchen Methode zeigt zur Genüge der immerwährend stürmische, geradezu demonstrierende einseitige Beifall der Jüdischkeit, aber den Prof. Plate in nicht mißzuverstehender Weise mit den Worten quittierte: 'Keinen Beifall, meine Herren, ich spreche hier ganz sine ira et studio!' Wie stellt sich die Thüringische Regierung zu folgenden Fragen: 1. Ist das Verhalten Prof. Plates mit seiner Eigenart als republikanischer Beamter vereinbar? 2. Ist diese parteipolitische Hege nicht ein Mißbrauch der Lehrfreiheit? 3. Wußte sich der republikanische gesinnte Teil der Studentenschaft solche Beleidigungen gefallen lassen? Darf die deutsch-jüdische Studentenschaft in dieser Weise verhöhnt und angepöbel werden? Enthaltend die Äußerungen des Prof. Plate nicht eine indirekte Aufforderung zu Juden-Pogromen? 4. Wird durch solche Äußerungen die rechtsprechende Studentenschaft nicht geradezu aufgepuscht? Entsteht da nicht jene Atmosphäre, aus der heraus solche Wahnsinnigkeiten wie der Erzberger- und der Rathenau-Mord erwachsen? Diese Fragen erheischen eine Beantwortung, der in diesem Falle die zuständigen Stellen nicht ausweichen können. Wissenschaftliche Nachrichten. Der unter dem Protektorat des Reichspräsidenten stehende, vom 2. bis 8. d. M. in Nürnberg folgende fünfzehnte Esperanto-Weltkongreß wurde gestern in Anwesenheit vieler Besucher feierlich eröffnet. — Residenztheater. Abends 7 1/2 Uhr mit den Berliner Gästen Olga Limburg, Rita Barten, Helmut Reppach-Grasim, Walter Steinbeck, Eugen von Jordan und Hugo Hinz. 'Der Werwolf', Lustspiel in drei Akten von W.

Beamtinnen und Angestellten. Er werde jederzeit für seine Beamten eintreten und bemüht sein, in ein Verhältnis zu ihnen zu treten, das auf Vertrauen und Gerechtigkeit gegründet sei.

Aus Sachsen.

Einweisung des Präsidenten der Landesversicherungsanstalt.

Am Mittwoch, den 1. August, fand im großen Sitzungssaal der Landesversicherungsanstalt Sachsen durch den Arbeitsminister Graupe die Einweisung des neuernannten Präsidenten der Landesversicherungsanstalt, Tempel, des Reichsausschusses des Ruhestand getretenen Präsidenten Gräßdorf, Rat.

Die Stelle eines Polizeiwachmeisters für die Gemeinde Erdmannsdorf (Sa.) ist am 1. Okt. zu besetzen. Die Besetzung erfolgt nach den Bestimmungen der V.-D. für Gemeindebeamte.

Die Stelle eines Polizeiwachmeisters für die Gemeinde Erdmannsdorf (Sa.) ist am 1. Okt. zu besetzen. Die Besetzung erfolgt nach den Bestimmungen der V.-D. für Gemeindebeamte.

Zum Vergarbeiterstreik im Zwickauer Olsnitzer Revier.

(N.) In der Nr. 204 der „Leipziger Neuesten Nachrichten“ vom 28. Juli wird in einer Mitteilung die Kommunisten und der Vergarbeiterstreik im Zwickauer Olsnitzer Revier bemerkt.

Flaura i. E. Die Knappheit an Zahlungsmitteln hat es mit sich gebracht, daß sich auch unsere Stadterwaltung erneut zur Ausgabe von Notgeld entschlossen hat.

Tageschronik. Tod in den Bergen.

Im Jungfrauenjoch sind eine Dame und zwei Herren aus Wien abgestürzt, die in Grindelwald ihre Ferien verbrachten.

Beleidigungsdänemark zum Kreisener Eisenbahnunglück. Der königlich dänische Gesandtschaftsrat Helmer-Petersen hat dem Staats-

Freitag, 3. August 1923. Die Angehörigen der Familie des gefallenen Leutnants Grottel sind nach 12 Monaten nach Schweden überführt worden.

Heute nachmittag 2 Uhr findet unter Beteiligung von Eisenbahn- und sonstigen Behörden die Trauerfeier für die beabschiedenen Opfer des Eisenbahnunglücks in Verbindung mit der Beerdigung von den Angehörigen noch nicht abgeholtten Toten statt.

Sport.

Wingkämpfe in Dresden. Die Angehörigen der Familie des gefallenen Leutnants Grottel sind nach 12 Monaten nach Schweden überführt worden.

Ein neuer Höhenweltrekord. Der französische Piloter Galt Perceuil hat gestern, wie aus Paris berichtet wird, den Höhenrekord mit einem Flug, der ihn über 11000 Meter erreichen ließ, geschlagen.

Debitenturfe. 3. August. New York (1 Dollar): 1 097 250.

Bei dem Räte zu Dresden ist die Einstellung eines juristischen Hilfsarbeiters.

Am 15. August oder 1. September 1923 ab, zunächst vorübergehend auf etwa 1/2 Jahr, beabsichtigt die Besetzung nach den statutarischen Bestimmungen. Bewerbungen sind bis zum 10. August 1923 an das Personalamt, Neust. Rathaus, Persönliche Besichtigung, zu richten.

1 Sekretär u. 1 Hilfsarb. für Wirtschaftsgeschichte bis 10. August 1923 an Stadtrat Dippoldswalde. Dr. H. C.

Beamtin (Hilfsarb.) für Etappen- sowie Exped. und Wirtschaftsgeschichte. Gehalt nach Gruppe V. Bewerbungen sofort erblen. 3633 Stadtrat Ehrenfriedersdorf, 1. Aug. 1923.

Beamtinnenanwärterstelle für Stadtkassierin sofort zu besetzen. Besetzung gemäß der Bestimmungen der Reichsbesoldungsordnung bis nach Gr. V. Gehalt bis spätestens den 12. 8. M. erblen. Pause, 1. August 1923. Stadtrat Paua.

Verwaltungs- (Steuer-) Assistent. Gr. V. Dr. H. C. für Stadt- u. Steuerassistenten der Grundsteuer, Wohnungswesen, Gewerbesteuer und Unterhaltung des Stadtkassens zum sofort. Eintritt gesucht. Bewerbungen sind bis 10. August einzureichen. 3635 Stadt i. E., 1. Aug. 1923. Der Stadtrat.

Beamtinnenanwärter für Verwaltung und Kasse für sofort gesucht. Eintritt spätestens am 15. August. Besetzung nach Gruppe 4 bis. 3636 Der Gemeindevorstand zu Gämmerwalden.

Beamtinnenanwärter für Gemeinde- u. Steuerassistenten zum sofort. Eintritt gesucht. Besetzung nach Gr. V. Dr. H. C. Gehalt nach Gr. V. Bewerber wollen ihre Besuche mit Unterlagen bis spätestens 10. August hier einreichen. 3651 Langebrück, 3. Aug. 1923. Der Gemeindevorstand.

Wasserstände der Elbe und Moldau. In der Elbe: 2. Aug. -36 -72 -90 +30 -41 -182 3. -34 -68 -84 +24 -47 -30 -184

Table with 3 columns: Vermögensgegenstand, Betrag, and Raften. Includes items like Hypothekendarlehen, Rücklagen, etc.

Table with 3 columns: Aufwendungen, Gewinn- und Verlustrechnung, and Einnehmungen. Includes items like Zinsen von Hypotheken, Gemeindegeldern, etc.

Landständische Bank des ehem. Sächsischen Markgrafentums Oberlausitz. Leopold. Dr. Schaarschmidt. Müller. 3611

Die Stelle eines Polizeiwachmeisters für die Gemeinde Erdmannsdorf (Sa.) ist am 1. Okt. zu besetzen. Die Besetzung erfolgt nach den Bestimmungen der V.-D. für Gemeindebeamte.

Die Stelle eines Polizeiwachmeisters für die Gemeinde Erdmannsdorf (Sa.) ist am 1. Okt. zu besetzen. Die Besetzung erfolgt nach den Bestimmungen der V.-D. für Gemeindebeamte.

Beamtinnenanwärter - nicht im Vorbereitungsdienst befindlich - wie spätestens für 1. Okt. für Polizei- u. Wachschichtleitern gesucht. Dr. H. C. (Zwickauerstadt Dresden). Gehalt nach Besoldungsbestimmungen - die nur wenn Nachprüfungsbescheid vorliegt in der Besoldungsbestimmungen - sind bis 10. August einzureichen. 3650 Der Gemeindevorstand zu Niedersiedlitz.

Verwaltungs-Sekretär für die Verwaltung sofort gesucht. Es können nur solche Bewerber in Frage, die das gesamte Verwaltungswesen gründlich beherrschen, selbst arbeiten und sich offen für demokratisch-republikanischen Staatsform bekannt haben. Besetzung nach Gr. VI. Eintritt VII. Dr. H. C. Bewerbungen sind bis zum 10. August einzureichen. 3639 G. Obmann Dr. H. C. 1.8.23. Der Gemeindevorstand.

Beamtinnenanwärter mit guter Vorbildung im Verwaltungswesen zum sofortigen Eintritt gesucht. Besetzung bis nach Gr. V. Dr. H. C. Bewerbungen sind bis zum 12. August erblen. Besetzung i. E. Dr. H. C. 2.8.23. Der Gemeindevorstand.

Kaufmann, 24 Jahre alt, verheiratet, vertritt mit Buchführung, Bank- und Kassenwesen, Kautschuk und Maschinenbau. Sucht Anstellung bei Einzel- oder Gemeindevorstand. Led. No. e. Zeugnisse sind vorhanden. Wer Anträge sind zu richten an die Sächs. Staatszeitung unter K. B. 3.00

Erzgebirgischer Steinkohlen-Aktienverein, Zwickau.

Bei der am 28. Juni d. J. erfolgten neustellten Wabstung der 4 1/2 %igen Anteile unseres Vereins von Nr. 15 000 000 vom 25. Juni 1920 sind folgende Nummern gezogen worden:

Large table listing lottery numbers for the Erzgebirgischer Steinkohlen-Aktienverein. Columns include numbers from 41 to 7774.

Tageskalender.

Concordia, 4. August. Staatstheater. Opernhaus. Schauspielhaus. Opernhaus. Opernhaus. Opernhaus.

Table with 4 columns of numbers, likely a continuation of the lottery results or a similar list.

Familiennachrichten.

Verheiratet: Dr. Gerhard Groß mit Fr. Charlotte Hansen in Dresden; Dr. Arthur Schneider mit Fr. Luise Wegner in Dresden; Dr. Kantor Otto Ranne mit Fr. Martha Hubert in Leipzig.

Ämtlicher Teil.

Prüfungsgeldern im Kraftfahrzeugverkehr.

In der Bekanntmachung vom 5. Juli 1923 (Reichsministerialblatt vom 13. Juli 1923, Nr. 36) hat der Reichsverkehrsminister auf Grund des § 39 der Verordnung über Kraftfahrzeugverkehr vom 15. März 1923 (Reichsgesetzbl. I S. 175) und der Ziffer X der Anlage zur Verordnung, betr. die Ausbildung von Kraftfahrzeugführern, vom 1. März 1921 (Reichsgesetzbl. I S. 212) in der Fassung des Art. V der Verordnung über Änderungen der Regelung des Kraftfahrzeugverkehrs vom 15. März 1923 (Reichsgesetzbl. I S. 189) die Gebühren, die den Sachverständigen zu zahlen, wie folgt erhöht:

- a) für die Prüfung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeugführern (Anlage 5 der Bekanntmachung über Kraftfahrzeugverkehr vom 15. März 1923, Reichsministerialbl. S. 229) auf das Dreifache,
b) für die Prüfung von Fahrlehrern, Lehrwagen und Lehrmitteln (Ziffer X der Anlage zur Verordnung, betr. die Ausbildung von Kraftfahrzeugführern, vom 1. März 1921, Reichsgesetzbl. I S. 212) auf das Vierfache der ursprünglichen Höhe. (311 c I V Dresden, 31. Juli 1923. Ministerium des Innern.

Die Deutsche Wagnerei 1923, nicht abgeänderte amtliche Ausgabe, tritt am 1. August 1923 in Kraft.

2. Hierüber hinaus bleiben die Vorschriften bezüglich, auf den nach Nr. 1, II der Allgemeinen Bestimmungen der Tage betriebsärztlichen Besuchsplan einer Arznei — also ausgenommen die nach Nr. 2 der Allgemeinen Bestimmungen zu berechnenden abgabefähigen bezogenen Arzneimittel oder Arzneien — einen Zenerungszuschlag von 40 % zu erhöhen.
3. In Nr. 23 der Allgemeinen Bestimmungen der Tage sind zu lesen:
unter a) statt 1500 u. 3000 M. — 3500 u. 7000 M.,
b) — 3000 M. — 7000 M.,
c) — 5400 M. — 11000 M.,
d) und e) statt 1200 M. — 2500 M.

4. Über den Zuschlag von den Preisen der Arzneistoffe auf Grund des § 376 I der Reichsversicherungsverordnung wird bestimmt:
Bei einem monatlichen Rechnungsbetrag bis zu 50000 M. braucht niemals der Apotheker ein Abschlag nicht gemacht zu werden. Bei höheren monatlichen Rechnungsbeträgen sind für die weiteren 200000 M. 5 v. H., für die noch höheren Beträge 10 v. H. nachzulassen. Ebenso sind diejenigen Rechnungen zu behandeln, welche die Leistungen für mehrere Krankenkassen enthalten, die in einem Verbande zusammengeschlossen sind, wenn die Rechnung auf einem Blatte ohne Trennung der einzelnen Kosten angeführt ist.
Die Gewährung des Abschlags ist jedoch vorbehaltlich anderweitiger örtlicher Vereinbarungen davon abhängig, daß die Rechnung innerhalb zwei Wochen nach ihrem Eingang bei der Kassenkasse vorliegt und zu beglichen wird; der Rest ist sobald nach Prüfung, spätestens nach weiteren vier Wochen zu bezahlen.
Werden Arzneien, die auf Kosten der begünstigten Parteien verordnet sind, nur gegen Verabreichung an die Arzneiempfänger abgegeben, so ist von dem Verkaufspreis in jedem Falle 10 v. H. nachzulassen.
5. Auf Grund von § 80 der Reichsversicherungsverordnung wird bestimmt:

Die Apotheker sind verpflichtet, die Lieferung von Arzneien auf Kosten des Reichs, der Knappschaftlichen Krankenkassen, der Berufsgruppenverbände und der Schutzpolizei sowie bei Bestimmungen der Verwaltungsstellen für Gefeldkrankenhäuser, wenn die Kosten für die Verordnungen der Verwaltungsstellen von einer Landesversicherungsanstalt getragen werden, in dem Maße, in dem die Höhe der monatlichen Arzneierrechnung den Betrag von 50000 M. übersteigt, einen Abschlag zu gewähren. Bei höheren monatlichen Rechnungsbeträgen als 50000 M. sind für die weiteren 200000 M. 5 v. H., für die noch höheren Beträge 10 v. H. nachzulassen.

Die Gewährung des Abschlags ist jedoch vorbehaltlich anderweitiger örtlicher Vereinbarungen davon abhängig, daß die Rechnung innerhalb zwei Wochen nach ihrem Eingang bei der Kassenkasse vorliegt und zu beglichen wird; der Rest ist sobald nach Prüfung, spätestens nach weiteren vier Wochen zu bezahlen.
Werden Arzneien, die auf Kosten der begünstigten Parteien verordnet sind, nur gegen Verabreichung an die Arzneiempfänger abgegeben, so ist von dem Verkaufspreis in jedem Falle 10 v. H. nachzulassen. (IV M. 21 d A 7)
Diese Verordnung tritt am 1. August 1923 in Kraft. Dresden, den 3. August 1923. 3641 Reichsministerium. Ministerium des Innern.

Zuckerversorgung.

Von der Zuckerwirtschaftsstelle in Berlin ist neuerdings Mund- und Einlochk Zucker gegeben worden. Dieser Zucker wird mit 1/2 Pfund auf den Abschnitt „T“ und mit 1 Pfund auf die Abschnitte „U“ und „V“ der Zuckerkarte abgegeben. Mit Zucker dieser Art werden auch die von den Kommunalverbänden ausgegebenen, mit dem Zoll-Stempelvermerk versehenen Bezugskarten versehen. (1652) 372 V E 5

Die Abschnitte „Q“, „R“, „S“ und die von den Kommunalverbänden ausgegebenen, mit dem Zoll-Stempelvermerk versehenen Bezugskarten werden mit Ablauf des 11. August ihre Gültigkeit verlieren. Dresden, 3. August 1923. Wirtschaftsministerium.

Verordnung über die Erhebung des Mei- und Nachtvertragstempels.

Die Gemeinden werden mit Rücksicht auf die fortgeschrittene Geldentwertung ermächtigt, von der Einhebung des im Rechnungsjahr 1923 nach Nr. 17 I des alten Tarifs zum Stempelsteuergeleges zu entrichtenden Mei- und Nachtvertragstempels (§ 45 Abs. 4 des Stempelsteuergeleges in der Fassung der Bekanntmachung des Finanzministeriums vom 28. Juni 1923 (WBl. S. 172)) abzusehen, wenn der Stempel im Einzelfall nicht mehr als 6000 M. beträgt. 3649 Dresden, 2. August 1923. Finanzministerium.

Der nach § 5 des Gesetzes über Schädigung, Schadenersatz und Schadenerstattung bei der Gebäudeabteilung der Landes-Brandversicherungsanstalt vom 18. März 1921 festzusetzende Zenerungszuschlag tritt vom 1. August 1923 ab auf 5999 990 für Hundert (sechzig, neunundneunzigtausend, neunhundert und neunundneunzig) im Brandfalle gewährt wird. Schadenersatzleistungen, die vor dem 1. August 1923 tatsächlich festgesetzt worden sind, bleiben hiervon unberührt. M 111 IA 3642 Dresden, 1.8. 1923. Brandversicherungsamt.

Jur Berechnung der Entschädigung für Tiere, die in der Zeit vom 6. August 1923 bis auf weiteres geschädigt werden, sind die folgenden Durchschnittspreise festgesetzt worden:

Table with 2 columns: A. Rindern, B. Schafen. Lists categories like 1. vollfleischige, ausgewachsene, höchsten Schlachtwertes bis zu 6 Jahren etc. with corresponding prices.

Table with 2 columns: C. Kalben und Kühe. Lists categories like 1. vollfleischige, ausgewachsene, höchsten Schlachtwertes etc. with corresponding prices.

Table with 2 columns: D. Jungvieh im Alter von 3 Monaten bis zu 1 Jahre. Lists categories like 1. gut entwideltes etc. with corresponding prices.

Table with 2 columns: E. Schweine. Lists categories like 1. vollfleischige, ausgewachsene Schweine höchsten Schlachtwertes etc. with corresponding prices.

Table with 2 columns: F. Ziegen. Lists categories like 1. vollfleischige, ausgewachsene Ziegen höchsten Schlachtwertes etc. with corresponding prices.

*) zu C 1. Unter Kalben sind weibliche Rinder zu verstehen, welche noch nicht geboren haben. Länger als 5 Monate trüchtige Kalben gehören nicht zu Gruppe C 1
**) zu C 2. Länger als 5 Monate trüchtige Kühe, sowie Kühe, welche kurze Zeit nach dem Kalben eintraten Krankheit geschlachtet werden gehören nicht zu Gruppe C 2
†) zu E 1 u. 2. Zu diesen Gruppen gehören, abgesehen von den unter 2 genannten Mastsaunen, nur Schweine, welche noch nicht zur Zucht verwendet worden sind.
§) zu E 3. Hochtrüchtige, sowie solche Saunen, welche erst geferkelt haben oder noch ihre Jungen ernähren, gehören in der Regel zu E 4. Innerhalb der letzten 6 Monate vor der Schlachtung geschlachtete Zuchtziege sind keine Schlachtziege im Sinne von E 3. 3609

Anstell für staatliche Schlachtviehvericherung. Im hiesigen Handelsregister ist heute eingetragen worden: a) auf Blatt 1657 die Firma Oberzweigler Stahlfabrik Paul Krönert in Zeina und als deren Inhaber der Wobelfabrikant Emil Paul Krönert in Sehma. Prokurist ist dem Kaufmann Ernst Rudolf Juchacz in Sehma erteilt. Angegebener Geschäftszweig: Fabrikation und Vertrieb von Schmiedegütern; — b) auf Blatt 1658 die Firma Heitz & Söhne in Annaberg. Der Kaufmann Emil Eduard Heitz in Annaberg ist als persönlich haftender Geschäftsführer in das Handelsregister eingetragen. Die Gesellschaft ist am 1. Januar 1923 errichtet worden. 3612 Amtsgericht Annaberg, am 31. Juli 1923.

Im hiesigen Handelsregister ist heute eingetragen worden: a) auf Blatt 1659 die Firma Gebrüder Meißner in Buchholz. Geschäftsführer sind a) der Kaufmann Karl Hans Meißner, b) der Kaufmann Emil Paul Meißner, beide in Buchholz. Die Gesellschaft hat am 1. März 1923 begonnen. Angegebener Geschäftszweig: die Herstellung und der Betrieb von Holzwaren; — b) auf Blatt 1659 die Firma Guido Kuber in Annaberg und als deren Inhaber der Kaufmann Paul Guido Kuber in Annaberg. Angegebener Geschäftszweig: Agentur- und Kommissionsgeschäft, Ein- und Verkaufserteilungen in- und ausländischer Häuser verschiedener Branchen Briefpapier- und Schreibwaren-Großhandlung. 3623 Amtsgericht Annaberg, am 1. August 1923.

Auf Blatt 381 des hiesigen Handelsregisters ist heute die Firma Zehnso Treuband- und Verlebungsgesellschaft mit beschränkter Haftung in Glaue b. Hühna und folgende eingetragen worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 5. Juli 1923 abgeschlossen worden. Gegenstand des Unternehmens ist die Übernahme von Treuband- und Verlebungsgeschäften, sowie die Beteiligung an anderen Unternehmen. Versicherungsgeschäfte darf die Gesellschaft nur unter Beschränkung auf das Land Sachsen abschließen. Das Stammkapital beträgt eine Million Mark. Zu Geschäftsführern sind bestellt a) Dr. Otto Eisenhut in Falkenberg, b) der Prokurist Georg Albert Wilhelm Tode in Falkenberg. Hat die Gesellschaft mehr als einen Geschäftsführer, so wird sie durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer und einen Prokuristen vertreten. — Weiter wird noch festgelegt, daß alle Bekanntmachungen der Gesellschaft im Deutschen Reichsanzeiger erfolgen. Amtsgericht Wurguland, am 31. Juli 1923.

Auf Blatt 8949 des Handelsregisters ist heute eingetragen worden die Firma W. Freund, 2 Kilmajahnenfabrik, Aktiengesellschaft in Chemnitz. Der Gesellschaftsvertrag ist am 24. März und 12. Mai 1923 abgeschlossen worden. Gegenstand des Unternehmens ist die Fabrikation von Spinn- und Webmaschinen, von Vorrichtungen für dieselben, von Werkzeugen aller Art und der Handel mit solchen. Die Gesellschaft ist berechtigt, zu diesem Zweck Zwangsmaßnahmen im In- und Ausland zu ergreifen, sich an Unternehmungen gleicher Art zu beteiligen oder deren Vertretung zu übernehmen; die darf zu diesem Zweck auch Grundstücke erwerben. Das Stammkapital beträgt fünf Millionen Mark; es zerfällt in 4000 Stammaktien zu 1000 M. und 40 Vorzugsaktien zu 10 000 M., die sämtlich auf den Inhaber lauten. Die Ausgabe der Aktien erfolgt zum Nennwert von 100 %. Der Vorstand besteht aus einem oder mehreren Mitgliedern, die von Aufsichtsrat ernannt werden. Zur rechtsverbindlichen Zeichnung ist die Gesellschaft ist die Unterzeichnete weitere Zeichnungsberechtigte: Vertreter erster Reihe: Der Aufsichtsrat ist jedoch ermächtigt, einzelnen Vorstandsmitgliedern die Befugnis zur Alleinvertretung der Gesellschaft zu erteilen. Zum Vorstandsmittglied ist bestellt der Fabrikant und Ingenieur Willy Freund in Chemnitz. Er ist, auch wenn mehrere Vorstandsmittglieder bestellt sind, zur alleinigen Vertretung der Gesellschaft berechtigt. Die Generalversammlung wird vom Aufsichtsrat oder dem Vorstand durch öffentliche Bekanntmachung berufen. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch den Deutschen Reichsanzeiger. Die erfolgen innerhalb der gesetzlichen Fristen und müssen der Tagesordnung enthalten. Die Gründer der Gesellschaft, die bei der Gründung sämtliche Aktien übernommen haben, sind: Ingenieur Willy Freund, Bau- und Maschinenbauingenieur in Chemnitz, Direktor Otto Seifert in Wurguland, Bankier Wilhelm Metz-Graub in Leipzig und Direktor Johannes Bernd in Schwarzenberg. Zu Mitgliedern des ersten Aufsichtsrats sind bestellt: Rechtsanwalt und Notar Freigang in Chemnitz (Vors.), und die Witwe Ingrid Seifert (R. Vors.), Metz-Graub, Seife und Bernd. — Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags über Eintrittsbedingungen: Der Aufsichtsrat bringt sein gemeinsames Geschäftsbuch mit, das ihm unter der im Handelsregister nicht eingetragenen Firma Freund & Co. zugeht, in die Akt. ein. Das Einbringen erfolgt auf Grund der Bilanz per 30. September 1922 bez. 17. März 1923 (dann bei W nicht einsehbar werden), nach der ein Überschuß von 4.390.000 M. vorliegt. Hierfür erhält Herr Freund 496 Stück Aktien, darunter sämtliche Vorzugsaktien, gemäß. Der Betrieb des Unternehmens geht als vom 1. Oktober 1922 ab von der W. über. Diese übernimmt alle Angelegenheiten bez. die im Gesellschaftsvertrag überhaupt am 1. Oktober 1922 bestehenden bez. nach dieser Zeit bis zur Gründung der W. im Gesellschaftsvertrag abgeschlossenen Verträge, darunter alle Mietverträge, zur eigenen Vertretung, wie auch alle Patente, Marken, Rechte, Rechte, die dem Herrn Freund auf die W. übertragen sind, auf diese zu übertragen sind. Dieser übernimmt auch die Garantie dafür, daß die sämtlichen Aktien der W. nach der Bilanz per 1. Oktober 1922 einbez. und daß weitere Schulden als die aus dieser Bilanz ersichtlichen nicht vorhanden sind. Dahingegen befreit die W. ihn ausdrücklich von den Schulden, die sie in der Bilanz per 1. Oktober 1922 enthalten sind. — Die bei der Anmeldung der Gesellschaft eingereichten Schriftsätze, insbesondere der Prüfungsbericht des Vorstands und der Bilanzrechnung der W. sind dem Reichsanzeiger mitgeteilt worden. Der Betrieb des Unternehmens erfolgt auch bei der Handelskammer Chemnitz eingetragen worden. Der Wobelfabrikant Wilhelm Heitz in Zeina ist zum Vorstand bestellt worden. 3624 Amtsgericht Chemnitz, Wbl. E, 20. Juli 1923.

Auf Blatt 18290 des Handelsregisters ist heute die Gesellschaft Chemisches Laboratorium Co. Dr. Conrad und Riche Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit dem Sitz in Dresden, und weiter folgende eingetragen worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 8. Juni 1923 abgeschlossen worden. Gegenstand des Unternehmens ist die Fabrikation und der Betrieb chemischer und medizinisch-pharmazeutischer Präparate, die Fertigung derartig-er Apparate zu eigener Bewirtschaftung sowie die Beteiligung an gleichartigen Unternehmungen, sowie auch der Erwerb solcher Unternehmungen. Das Stammkapital beträgt fünf Millionen Mark. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer und einen Prokuristen vertreten. Zum Geschäftsführer ist bestellt der Apothekenbesitzer Dr. Eugen Conrad in Dresden. Ge darf die Gesellschaft allein vertreten. Aus dem Gesellschaftsvertrag sind bekanntgegeben: Die öffentlichen Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger. (Gesellschaftsvertrag: Johannstr. 23.) 3644 Amtsgericht Dresden, Wbl. III, 2. August 1923.

Auf Blatt 18291 des Handelsregisters ist heute die Gesellschaft Metalwarenfabrik von Wieren & Klein Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit dem Sitz in Dresden, und weiter folgende eingetragen worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 1. November 1922 abgeschlossen und am 27. Februar 1923 abgeändert worden. Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb von Schmiedewerken aller Art. Das Stammkapital beträgt fünfzehnhunderttausend Mark. Jeder Geschäftsführer darf die Gesellschaft allein vertreten. Zu Geschäftsführern sind bestellt der Fabrikbesitzer Hans Torndorf in Dresden und Eisenwerk gebr. Kaufmann Wilhelm geb. Reddel in Dresden. Aus dem Gesellschaftsvertrag wird noch bekanntgegeben: Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur durch den Deutschen Reichsanzeiger. Geschäftsort: Trauer Str. 6. (3645) Amtsgericht Dresden, Wbl. III, 2. August 1923.

In das Handelsregister ist heute auf Blatt 18294 die Gesellschaft Metalwarenfabrik von Wieren & Klein Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit dem Sitz in Dresden, und weiter folgende eingetragen worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 23. Mai 1923 abgeschlossen worden. Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung und der Vertrieb von Metallwaren aller Art, insbesondere von Metallwaren, welche nach dem Vorgang Klein'schen Erfindungen (Patente bezw. Gebrauchsmuster) hergestellt sind, die Beteiligung an Unternehmungen ähnlicher Art. Das Stammkapital beträgt drei Millionen achthunderttausend Mark. Zu Geschäftsführern sind bestellt der Kaufmann Wilhelm von Wieren und der Elektrotechniker Georg Johannes Klein, beide in Dresden. Jeder von ihnen ist berechtigt, die Gesellschaft allein zu vertreten. Aus dem Gesellschaftsvertrag wird noch weiter folgendes bekanntgegeben: Der Gesellschafts-Elektrotechniker Georg Klein ist als 1. der Gesellschaft zu Eigentum eine ihm gehörige Erfindung mit Patentamt, sowie eine Hochdruckmaschine mit Patent im Werte von insges. M. 1000 000 und weiter zur g-worblichen Herstellung, bezw. nach ihrer Ausführung seine unter 763805 beim Reichspatentamt Berlin in Klasse 21 H als Gebrauchsmuster geschützte Erfindung bez. elektrothermischen Tauchlöcher im Werte von 300 000 M. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur in der Sächsischen Staatszeitung. Geschäftsort: Gebeistr. 20. 3646 Amtsgericht Dresden, Wbl. III, 2. August 1923.

In das Handelsregister ist heute auf Blatt 18295 die Gesellschaft Technische Exportwaren Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit dem Sitz in Dresden, und weiter folgende eingetragen worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 24. Juli 1923 abgeschlossen worden. Gegenstand des Unternehmens ist der Handel mit technischen Artikeln aller Art, in erster Linie nach dem Ausland. Die Gesellschaft kann sich an anderen Handelsunternehmungen beteiligen. Das Stammkapital beträgt zehn Millionen Mark. Zum Geschäftsführer ist bestellt der Kaufmann Victor Walleque in Dresden. Aus dem Gesellschaftsvertrag wird noch weiter folgendes bekanntgegeben: Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur in dem Deutschen Reichsanzeiger. Geschäftsort: S. Poststr. 15. 1. 3647 Amtsgericht Dresden, Wbl. III, 2. August 1923.

Im Handelsregister ist am 31. Juli 1923 eingetragen worden: 1. auf Blatt 561 bei der Firma G. G. Hoffmann Aktiengesellschaft in Reigerdorf, daß durch Beschluß der Generalversammlung vom 7. Juli 1923 der Gesellschaftsvertrag in § 15 abgeändert worden ist; 2. auf Blatt 443, betz. die Firma Minin Franz Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Reigerdorf: Die Gesellschaft ist aufgelöst und die Firma erloschen. 3614 Amtsgericht Oberdorf, am 1. August 1923.

Im Handelsregister ist heute auf dem die Firma Eibenhofer Schmirgelwerke, Aktiengesellschaft in Eibenstock betz. Blatt 396 für den Stadtbezirk eingetragen worden: Der Rechtsanwalt Adolf Renau in Chemnitz ist nicht mehr Vorstand. Zum Vorstand ist bestellt der Rechtsanwalt a. D. Maximilian Germann in Eibenstock. Prokura ist erteilt dem Kaufmann Max Walther in Eibenstock. 3615 Amtsgericht Eibenstock, am 30. Juli 1923.

Auf Blatt 583 des Handelsregisters ist heute eingetragen worden: Heitz & Co. Aktiengesellschaft in Annaberg. Gegenstand des Unternehmens ist: a) der Erwerb und die Verwaltung der unter der Firma Heitz & Co. in Chemnitz und Frankenberg betriebenen Wobelfabrikation; und Wobelfabrikation, b) die Herstellung von Wobeln und Landgerätschaften aller Art und der Handel mit solchen. Die Beteiligung an anderen ähnlichen Unternehmungen sowie die Veränderung des Zweckes der Gesellschaft ist gestattet. Preisermittlungen können im In- und Ausland erteilt werden. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt fünf Millionen Mark und ist eingeteilt in 500 auf den Inhaber lautende Aktien zu je 10 000 M. und 50 auf den Namen lautende Vorzugsaktien zu je 10 000 M. Der Gesellschaftsvertrag ist am 14. Mai 1923 errichtet und am 20. Juli 1923 abgeändert und ergänzt worden. Der Wobelfabrikant Wilhelm Heitz in Zeina ist zum Vorstand bestellt worden. 3616 Amtsgericht Chemnitz, Wbl. E, 20. Juli 1923.

